

KARRIEREN

Prozess verschoben

Während Ex-Tennisstar Boris Becker eine neue Marke für Sportbekleidung zu lancieren versucht, toben hinter den Kulissen immer noch juristische Schlachten mit seinen alten Geschäftspartnern. Der Insolvenzverwalter des 2001 zusammengebrochenen Internet-Portals Sportgate fordert 1,5 Millionen Euro. Bis zu dieser Höhe soll sich Becker bei der Gründung von Sportgate einst zur Übernahme von Verlusten verpflichtet haben. Der Internet-Unternehmer Paulus Neef sowie die damalige Lebensgefährtin von Ex-RTL-Boss Helmut Thoma sollen Zeugen des Versprechens gewesen sein. Der für den 5. Juli vor dem Münchner Oberlandesgericht angesetzte Prozess wird nun aber höchstwahrscheinlich auf den 19. Juli verschoben. Beckers Anwalt hat eine „Terminverlegung beantragt“, bestätigt eine Gerichtssprecherin. Grund: Der Sportler ist zu einem Altherren-Doppel beim Wimbledon-Turnier geladen. Vor dem Landgericht Memmingen wird in den kommenden Wochen ein weiteres Kapitel aus Beckers Unternehmerkarriere aufgearbeitet. Sein heutiger Geschäftspartner Hans-Dieter Cleven, Ex-Finanzchef des Einzelhandelsriesen Metro, hat gegen Klaus Harisch, heute Chef der Telefonauskunft GoYellow, eine Klage eingereicht; Streitwert: 500 000 Euro. Die Beweisaufnahme ist für den 17. Juli angesetzt. Hintergrund des Verfahrens sind Vorgänge um die seit 2002 insolvente Firma New Food, die mit der Werbe-Ikone Becker einst Ökoprodukte übers Internet



Becker, Models

verkaufen wollte. Harisch und Becker waren damals an der Firma beteiligt. Der Streit dreht sich um ein früheres Darlehen an Becker und ein angeblich von Harisch gebrochenes Versprechen für einen Werbevertrag. Bei GoYellow will niemand den Fall kommentieren. Beckers Pressesprecherin will weder zum Fall Sportgate noch zum Fall New Food Stellung nehmen.



Arbeiter vor VW-Werk (in Wolfsburg)

ARBEITSMARKT

Zahl der Jobangebote steigt

Aufgrund der guten Konjunkturlage ist die Zahl der offenen Stellen rasant gestiegen. Während die Unternehmen im Herbst 2005 insgesamt 1,11 Millionen Jobs offerierten, waren es im vergangenen Herbst 260 000 Stellen mehr. Das entspricht einer Steigerung von fast 24 Prozent. Nach einer Umfrage durch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung rechnen die Unternehmen auch in diesem Jahr mit Beschäftigungsaufbau. Erstmals seit 2001 wird demnach der Saldo zwischen voraussichtlichen Zu- und Abnahmen an Arbeitsplätzen wieder positiv sein. Selbst im strukturschwachen Ostdeutschland suchen mittlerweile 16 Prozent aller befragten Betriebe neues Personal. Ein Jahr zuvor waren es nur 9 Prozent. Die Zahl der offenen Stellen hat sich östlich der Elbe innerhalb eines Jahres sogar nahezu verdoppelt.

FINANZPOLITIK

Weniger Geld für Bundesagentur

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) will der Bundesagentur für Arbeit (BA) ab kommendem Jahr den Aussteuerungsbetrag erlassen. Das ist eine Strafzahlung von rund 10 000 Euro, die die BA für jeden Arbeitslosen an den Bund überweisen muss, den sie nach einem Jahr nicht in ein neues Beschäftigungsverhältnis vermitteln konnte. Eigentlich hatte Steinbrück 2008 rund vier Milliarden Euro aus Nürnberg erwartet. Im Gegenzug will der Finanzminister der BA aber den Steuerzuschuss von zurzeit 6,5 Milliarden Euro streichen, den er seit der letzten Mehrwertsteuererhöhung nach Nürnberg überweist. Mit den frei werdenden Mitteln soll der Staatszuschuss für die gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden, der schrittweise von 2,5 Milliarden Euro auf 14 Milliarden steigen soll.



Zentrale der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg